

stellvertretende
ern

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



MAI
2021



Was ist Links und für wen?

Die Linke im Ringen um ihre Identität

Thorsten HOLZHAUSER

Studienkomitee für
deutsch-französische
Beziehungen
(Cerfa)

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa* (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen der Autor.

ISBN: 979-10-373-0350-9

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2021

Bild: Ein Wahlkampfplakat der Partei Die Linke in einer Straße in München, Deutschland am 23. Juli 2017. © Alexandros Michailidis/Shutterstock.com

Diese Veröffentlichung zitieren:

Thorsten Holzhauser, „Was ist links und für wen? Die Linke im Ringen um ihre Identität“, *Notes du Cerfa*, Nr. 161, Ifri, Mai 2021

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice und Marie Krpata, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Dr. Thorsten Holzhauser, geboren 1985 in Kaiserslautern, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart. Er wurde mit einer Arbeit zur politischen Integrationsgeschichte der *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) im vereinten Deutschland promoviert (erschien unter dem Titel *Die „Nachfolgepartei“*, Berlin 2019) und beschäftigt sich seither mit der Entwicklung der Partei Die Linke und der deutschen Parteienlandschaft. Daneben arbeitet er zur Geschichte der liberalen Demokratie im 20. Jahrhundert und zur Diskursgeschichte politischer Belastung in Deutschland, Österreich und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zusammenfassung

Auf ihrem Online-Parteitag Ende Februar 2021 gab sich Die Linke einen neuen Parteivorstand. Das neue Führungsteam soll die Partei nicht nur in die Bundestagswahl im September führen, sondern danach auch in eine Mitte-Links-Regierung auf Bundesebene. Oder doch nicht? Begleitet wurde der Parteitag nämlich von Streit über den Kurs der Partei und ihre Identität. Dass die Frage, was linke Politik ist und für wen die Partei eigentlich steht, wenige Monate vor der Bundestagswahl offenbar noch nicht hinreichend beantwortet ist, wäre für andere Parteien ein Alarmzeichen. Bei der Linken reflektiert der Hang zur Kontroverse aber nicht nur die berüchtigte Tendenz linker Parteien zum Flügelstreit. Er ist auch ein Resultat der historischen Ursprünge der Partei. Dazu kommt die Tatsache, dass sich auch die politischen Parteien in Deutschland nicht den zunehmend brisanten identitäts- und gesellschaftspolitischen Konflikten entziehen können, mit denen politisch Parteien überall in der westlichen Welt zu kämpfen haben. Wie hält es Die Linke also mit dem Regieren? Worin sieht die Partei ihre vornehmliche Aufgabe? Und welche innerparteilichen Gruppen geben hierauf welche Antworten? Um dies zu verstehen, wirft der Beitrag einen Blick auf Die Linke, ihre Entwicklung und ihre wichtigsten Vertreter:innen, um anschließend die aktuelle Situation vor der Bundestagswahl 2021 zu beleuchten.

Abstract

In late February 2021, Germany's left-wing party Die Linke gave themselves a new party executive. The new team is supposed to lead the party into the federal elections in September and, if possible, into a national centre-left government. Or do they? The conference was accompanied by infights and controversies about the party's direction and identity. With only a few months ahead until the elections, any other party would be alarmed by the fact that their leaders and members were still debating the fundamental question of ideology and strategy: what is left-wing policy and who is its target group? However, in the case of Germany's Die Linke, its tendency to controversy does not only reflect a notorious pattern among left-wing parties but also the party's specific history and origins. Additionally, growing conflicts of social values and identity politics are troubling political parties in Germany as much as in other Western countries. What is Die Linke's attitude towards potential government participation? How do they describe their primary goals? And which group within the party is giving which answer to these questions? This paper takes a closer look at Die Linke, its development, its most important representatives, and its current situation before the 2021 federal election.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	7
KURZE GESCHICHTE, LANGE VERGANGENHEIT: VON DER SED ZUR PARTEI DIE LINKE	8
GREGOR GYSI UND DIE AUFBAUGENERATION	12
BARTSCH, RAMELOW UND DER „REALO“-FLÜGEL	15
SAHRA WAGENKNECHT UND DIE „POPULISTEN“	18
KATJA KIPPING UND DIE NEUE GENERATION	21
AUF DEM WEG ZUR MACHT? DIE LINKE IM WAHLJAHR 2021	23

Einleitung

Im Frühjahr 2021 streitet die Partei Die Linke wieder einmal um ihre Identität. Dass die Frage, was linke Politik ist und für wen die Partei eigentlich steht, wenige Monate vor der Bundestagswahl offenbar noch nicht hinreichend beantwortet ist, wäre für andere Parteien ein Alarmzeichen. Bei der Linken aber ist die Frage nach dem eigenen Kern von jeher umstritten. Der Hang zur Kontroverse reflektiert dabei nicht nur die berüchtigte Tendenz linker Parteien zur Sektenbildung und Selbstzerfleischung. Er ist auch ein Resultat der historischen Ursprünge der Partei und damit Programm: Waren Streit und Widerspruch zu Zeiten von DDR und SED noch strengstens verboten, so wurde der „Pluralismus“ im Dezember 1989 zum Wesensmerkmal einer demokratischen Linken erklärt – und gehört damit zum Demokratieverständnis und zur Geschichte der Partei Die Linke. Dazu kommt die Tatsache, dass sich auch die politischen Parteien in Deutschland nicht den zunehmend brisanten identitäts- und gesellschaftspolitischen Konflikten entziehen können, mit denen politisch Aktive überall in der westlichen Welt zu kämpfen haben.

Dennoch steht der innerparteiliche Streit im Wahljahr 2021 in einem besonderen Licht. Erstmals seit neun Jahren hat Die Linke nämlich zwei neue Vorsitzende gewählt: Auf das Duo Katja Kipping/Bernd Riexinger folgen Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow. Pünktlich zur Wachablösung haben sich die scheidenden Vorsitzenden sowie die neue Parteispitze so deutlich wie noch nie zuvor für eine Machtperspektive im Bund ausgesprochen: Sollte sich nach der Bundestagswahl im Herbst 2021 die Möglichkeit einer Mitte-Links-Regierung aus Sozialdemokrat:innen, Grünen und Linken ergeben, so würde sich die Linkspartei daran beteiligen, so das Signal. Oder doch nicht? Wie hält es Die Linke mit dem Regieren? Worin sieht die Partei ihre vornehmliche Aufgabe? Und welche innerparteilichen Gruppen geben hierauf welche Antworten? Um dies zu verstehen, soll im folgenden Beitrag ein Blick auf die Partei, ihre Entwicklung und ihre bekanntesten Vertreter:innen geworfen werden, um anschließend die aktuelle Situation der Partei vor der Bundestagswahl 2021 zu beleuchten.

Kurze Geschichte, lange Vergangenheit: Von der SED zur Partei Die Linke

Die Partei Die Linke ist nach der „Alternative für Deutschland“ (AfD) die zweitjüngste Partei im Deutschen Bundestag – zugleich aber eine der ältesten Parteien Deutschlands. Unter ihrem heutigen Namen besteht die Partei seit 2007. Ihre Wurzeln reichen aber bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zurück, die vier Jahrzehnte lang über die Deutsche Demokratische Republik (DDR) herrschte. Als der ostdeutsche Staat im Winter 1989/90 vor dem Zusammenbruch stand, entschied sich die SED dazu, sich eine neue Führung, eine neue Struktur und einen neuen Namen zu geben. Mit einem Neuanfang als demokratisch-sozialistische Partei, so die Hoffnung, könnte die DDR als sozialistischer Staat erhalten bleiben. Aus der SED wurde so die *Partei des demokratischen Sozialismus* (PDS), aus der schließlich die heutige Partei *Die Linke* hervorgegangen ist.¹ Für sie gilt nach wie vor, was der frühere Parteivorsitzende Lothar Bisky schon in den 1990er Jahren festgestellt hatte: Die Partei hat eine „kurze Geschichte“, aber eine „lange Vergangenheit“.²

Diese Vergangenheit ist von zahlreichen Verwandlungen geprägt.³ Hatte die SED bis zur „Wende“ 1989/90 fast nahezu unumschränkt über die DDR geherrscht, so war aus ihr binnen weniger Monate eine kleine Oppositionspartei im vereinten Deutschland geworden. Sie war nicht mehr Regierung im Realsozialismus, sondern Opposition im Kapitalismus. Entgegen der damaligen Erwartungen verschwand die PDS aber nicht von der Bildfläche, sondern schaffte es in den 1990er Jahren, sich zu stabilisieren und relative Wahlerfolge in Ostdeutschland zu feiern. Zwar stellte sich die Partei in die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung. Ihr politisches Überleben verdankte sie aber in erster Linie einer treuen Stammwählerschaft im Milieu der ehemaligen Staats- und

1. T. Holzhauser: Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg 2019.

2. L. Bisky: PDS '95. Solidarisch. Alternativ. Bundesweit. Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen. Referat auf dem 4. Parteitag der PDS/1. Tagung, in: Disput, H. 3–4, 1995, S. 4–18, hier S. 5.

3. J. Weichold: Die PDS in turbulenten Zeiten. Das erste Jahr der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2020.

Parteifunktionäre. Dazu gehörten ehemalige Beamte des DDR-Grenzschutzes, frühere Agent:innen der Staatssicherheit, aber auch sozialistische Hochschullehrer:innen und Militärangehörige. Sie waren gut ausgebildet, hatten am Ende der DDR aber ihre gesellschaftlichen Privilegien eingebüßt und fanden in der PDS eine „Ersatzheimat“ und politische Anwältin.⁴ Während sie als Milieupartei überlebte, feierte die Partei ihre größten Erfolge als ostdeutsche Protestbewegung: Wie keine andere Partei adressierte sie die Unsicherheit, soziale Entmündigung und Deklassierung, die viele Ostdeutsche im Gang in den Kapitalismus erlebten.⁵ Während die politische Konkurrenz die neuen Freiheiten und demokratischen Mitwirkungsrechte im vereinten Deutschland betonten, sah die PDS einen quasi-kolonialen Kulturkonflikt heraufziehen: „Der Westen“ wolle „dem Osten“ die Identität nehmen, so die These.⁶ Die PDS betrieb damit eine postsozialistische Identitätspolitik: In ihrer Erzählung konnten die ehemaligen Bürger:innen der DDR stolz auf die „Errungenschaften“ und die Geschichte des SED-Staates sein, dessen Schattenseiten in den Hintergrund gedrängt wurden.

Zwar konnte die PDS auf diese Weise populistische Erfolge feiern, sie übernahm zugleich aber auch Vermittlungsaufgaben im gesellschaftlichen Transformationsprozess.⁷ Sie unterstützte Mieter:innen bei Wohngeldanträgen, unterhielt ein eigenes Netzwerk sozialer Verbände und Vereine und fungierte in Ostdeutschland als Bündnispartnerin von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen gegen Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit sowie gegen Rassismus und rechte Gewalt.⁸ Zudem bot sie sich seit Mitte der 1990er Jahre auf regionaler Ebene als Bündnispartnerin von SPD und Grünen an. Ein Vorbild hierfür war die Französische Kommunistische Partei und ihre Rolle innerhalb der „Gauche plurielle“.⁹

Anfangs noch als „Partei der Diktatur“ bekämpft, gelang es der PDS auf diesem Weg, sich als Regionalpartei mit Regierungsanspruch zu

4. M. Gravier : „Entrer dans l’administration de l’Allemagne unifiée : une approche anthropologique d’un rituel d’intégration (1990-1999), in: Revue française de science politique 53, H. 3, 2003, S. 323-350; N. Leonhard: Integration und Gedächtnis. NVA-Offiziere im vereinigten Deutschland, Konstanz: UVK Verlag 2016.

5. F. Bösch: Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren. In: Ders. (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, S. 7–37, dort S. 35.

6. A. Brie: Vorlage für den Parteivorstand der PDS zu einer Wahlstrategie 1994. 10.12.1992, Archiv Demokratischer Sozialismus, PDS-PV-140.

7. Hierzu und zum Folgenden L. Probst: Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg: Verlag Dr. Kovac 2000, S. 36; T. Falkner/D. Huber: Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht? München: Knaur 1994, S. 102.

8. T. Holzhauser: Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 44, 2018, H. 4, 2008, S. 586-618, hier S. 599-601.

9. T. Holzhauser, Die „Nachfolgepartei“, S. 285 f.

etablieren: 1998 wurde die PDS erstmals Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern (in Koalition mit der SPD), 2002 trat sie in die Landesregierung von Berlin ein (ebenfalls mit der SPD), später folgten Regierungsbeteiligungen in Brandenburg (2009), Thüringen (2014) und zuletzt in Bremen (2019). Bis dahin war es aber ein weiter Weg. In den ersten 15 Jahren ihres Bestehens im vereinten Deutschland galt die PDS nämlich als Partei des Ostens, wo sie regelmäßig über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. In Westdeutschland blieb sie dagegen bedeutungslos, weil hier wenig Nachfrage nach einer politischen Formation links der Sozialdemokratie und der Grünen bestand.¹⁰ Dies änderte sich in der Zeit der zweiten Regierung Schröder (2002-2005): Die PDS rückte an die Spitze der Protestbewegung gegen die Arbeitsmarktreformen der „Agenda 2010“ und schloss zur Bundestagswahl 2005 ein Wahlbündnis mit der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), einer bunten Sammlung westdeutscher Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen, Trotzki:innen und Protestwähler:innen. Mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine und dem früheren SED-Chef Gregor Gysi als Spitzen-Duo gelang dem Wahlbündnis von PDS und WASG mit 8,7 Prozent der Stimmen ein großer Erfolg bei der Bundestagswahl. Erstmals konnte sie nicht nur in westdeutsche Wählermilieus eindringen, sondern reüssierte auch in klassischen Arbeitermilieus der westdeutschen Industrieregionen.¹¹

Die Allianz Lafontaine-Gysi wurde zum Kern der heutigen Partei Die Linke und zugleich zum Vorbild anderer linker Bewegungen in Europa: von Jean-Luc Mélenchon bis zu Podemos orientierten sich zahlreiche Formationen in Europa am Sammlungsmodell der deutschen Linkspartei. Auf die Parteifusion zur heutigen Partei Die Linke im Jahr 2007 folgte ein noch größerer Erfolg bei der Bundestagswahl 2009: Inmitten der Wirtschafts- und Finanzkrise erreichte die Partei 11,9 Prozent der Stimmen und profitierte auch von der Schwäche der SPD. Zudem zog Die Linke zwischen 2005 und 2010 in mehrere westdeutschen Landesparlamente ein. Aus der ostdeutschen Regionalpartei wurde eine gesamtdeutsche Kraft.

Auf den Höhenflug folgten aber bald schon innerparteiliche Konflikte und Grabenkämpfe. Mit der Fusion von WASG und PDS zur Partei *Die Linke* war eine heterogene Strömungspartei entstanden, die von Beginn an durch eine eigenartige Mischung aus Streit und Zusammenhalt geprägt war. Insbesondere nach dem Rückzug von Oskar Lafontaine aus der ersten

10. M. Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin: Dietz 2005.

11. H. Schoen/J. W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 55 (2005), H. 51–52, S. 33–40; O. Nachtwey/T. Spier: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: T. Spier/F. Butzlaff/M. Micus/F. Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden: VS Verlag 2007, S. 13–69, dort S. 27–36.

Reihe im Jahr 2009/2010 führten die internen Spannungen die Partei an den Rand der Spaltung. Zwar gelang es den Co-Vorsitzenden Riexinger/Kipping (2012-2021) den Zerfall der Partei abzuwenden. Die innerparteilichen Konflikte konnten aber nicht gelöst werden. Zentrale Streitfragen sind dabei das Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft, die Haltung zu möglichen Regierungsbeteiligungen sowie die Polarisierung zwischen einer eher nationalen und einer eher kosmopolitischen Linken. Die gegensätzlichen Antworten auf diese Fragen lassen sich am besten anhand mehrerer führender Persönlichkeiten veranschaulichen, die bis heute große Teile der Anhängerschaft hinter sich vereinen. Sie repräsentieren unterschiedliche Generationen und Erfahrungen, aber auch verschiedene politische Strategien und Ziele innerhalb der Partei Die Linke.

Gregor Gysi

und die Aufbaugeneration

Als Gregor Gysi (*1948) bei der Demonstration auf dem Alexanderplatz im November 1989 erstmals in die internationale Öffentlichkeit trat, war er ein relativ unbekannter Anwalt aus Ost-Berlin. Wenige Wochen später wurde er zum letzten Parteivorsitzenden der SED gewählt. Drei Jahrzehnte später ist Gysi noch immer aktiv und fungiert aktuell als außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Dazwischen liegt eine lange und abwechslungsreiche Karriere, in der Gysi als Parteichef (1989-1993), als Fraktionschef im Bundestag (1990-2000, 2005-2015), als Präsident der Europäischen Linkspartei (2016-2019) sowie kurzzeitig als Wirtschaftssenator und Bürgermeister in Berlin (2002) amtierte. Diese Karriere im vereinten Deutschland war keineswegs vorgezeichnet. Als Sohn des DDR-Kulturministers Klaus Gysi, wuchs Gregor Gysi in der DDR als Teil der sozialistischen Nomenklatura auf, wurde Rechtsanwalt und machte sich einen Namen als Strafverteidiger führender DDR-Oppositioneller. Nachdem die „Politbürokraten“ Erich Honecker und Egon Krenz hatten abtreten müssen, galt der politische Quereinsteiger im Dezember 1989 als unbelastet genug, um den Parteivorsitz der taumelnden SED zu übernehmen. Gysi war damit maßgeblich verantwortlich für die „Erneuerung“ der Partei und ihre Transformation zur PDS. Zu den zahlreichen Unterstützer: innen Gysis zählten dabei unter anderem der Berliner Politikwissenschaftler André Brie (*1950), der als Wahlkampfleiter und „Chefstrategie“ der Partei fungierte, sowie der Kulturwissenschaftler Lothar Bisky (*1941, †2013), der lange Zeit das Amt des Parteivorsitzenden innehatte.

Die „Reformsozialisten“ Gysi, Brie und Bisky hatten einen Großteil ihres Lebens in der DDR verbracht und waren als „Söhne des Regimes“ persönlich eng mit dem ostdeutschen Staat verbunden.¹² Nachdem es ihnen nicht gelungen war, ihren Staat und ihre Heimat zu retten, suchten sie seit 1990 im vereinten Deutschland nach einer neuen Heimat im neuen Staat. Ihr Ziel wurde es, soziale Anerkennung zu finden und gemeinsam

12. M. Koß: Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang, in: M.Gutzeit/H. Heidemeyer/B. Tüffers (Hrsg.): Opposition und SED in der friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf: Droste 2011, S. 181–191, dort S. 182.

mit ihren Wähler: innen „in der Bundesrepublik anzukommen“.¹³ Die Partei sollte sich an der Seite von SPD und Grünen dauerhaft als gesamtdeutsche Linke etablieren und „irgendwann mal wieder“ mitregieren.¹⁴ Nur auf diesem Weg, so der Glaube, könne das Ziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft erreicht werden.

Für diesen Weg steht Gregor Gysi Karriere beispielhaft. Als letzter Chef der SED und erster Vorsitzender der PDS zunächst kritisch beäugt, entwickelte er sich in kurzer Zeit zum omnipräsenten Teil des politisch-medialen Establishments. Im Parlament, bei zahllosen Fernsehauftritten und bei Podiumsdiskussionen überraschte er Konkurrent: innen und Zuschauer:innen durch bürgerliche Manieren, Witz und Charme, irritierte aber auch durch DDR-nostalgische Töne und sein Verhältnis zur DDR-Staatssicherheit. Sein politischer Mitstreiter André Brie musste als ehemaliger Informant der Stasi bereits 1992 von seinen Ämtern zurücktreten. Gysi dagegen vermochte die Vorwürfe, er habe Mandant:innen an die Stasi verraten, beiseite zu schieben und übte sich in Dialektik und Ironie. Mit Gysi wurde ausgerechnet die Führungsfigur einer ideologischen Partei zum perfekten Vertreter postideologischer Politik im Medienzeitalter, der zu politischen Werbezwecken Fallschirm sprang, in Unterhaltungssendungen auftrat und zeitweise sogar selbst als Fernsehmoderator auftrat.¹⁵

Programmatisch zeichnet sich Gysi durch eine Dialektik aus, die man auch als eklektisch bezeichnen kann. Sie ist aber symptomatisch für die Widersprüchlichkeit der Linken in den vergangenen drei Jahrzehnten. Gysi war Vorkämpfer für die Selbstbehauptung der Ostdeutschen und unterhielt doch exzellente Kontakte zum westdeutschen Establishment in Politik, Kirchen und Wirtschaft. Als bekennender Sozialist inszenierte er sich mal als Antikapitalist und mal als Unternehmerfreund. In der Außenpolitik bezichtigte er während des Kosovokriegs 1999 die NATO eines völkerrechtswidrigen Kriegs und reiste nach Belgrad, um mit Slobodan Milosevic zusammenzutreffen. Heute setzt er sich auch in der Außenpolitik für einen moderaten Kurs ein. Er drängt auf bessere Beziehungen zu Russland, lehnt die NATO aber nicht grundsätzlich ab. An dieser Frage soll eine künftige Regierungsbeteiligung der Linken nicht scheitern, so das Signal.¹⁶ Für Gysi wäre eine solche Regierungsbeteiligung – mit ihm als

13. A.Brie: Ankommen in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 41, H. 10 1996, S. 1161-1165.

14. A. Brie: Rede auf der Beratung des Präsidiums des Parteivorstandes mit den Vorsitzenden der Kreisvorstände der PDS, 28.10.1990, Archiv Demokratischer Sozialismus, PDS-PV-213.

15. J. König: Gregor Gysi. Eine Biographie. 2. Auflage. Berlin: Rowohlt 2005, S. 321.

16. G. Gysi: „30 Jahre Opposition sind genug“, rnd.de, 28. August 2020, verfügbar auf: www.rnd.de [aufgerufen am 1. März 2021]; G. Gysi: „Fingerschnipsen bringt keinen Frieden“, Neues Deutschland, 5. September 2020.

Außenminister? – die Krönung eines Lebenswerks: Ein Zeichen, dass er die einstige SED erfolgreich demokratisiert und als respektable Kraft in der Bundesrepublik etabliert hat.

Bartsch, Ramelow und der „Realo“-Flügel

War Gregor Gysi lange Zeit das unumstrittene Aushängeschild der Partei, so versucht er sich heute in der Rolle des „Elder Statesman“. Sein Amt als Fraktionsvorsitzender im Bundestag hat er schon 2015 an seinen langjährigen Verbündeten Dietmar Bartsch (*1958) abgegeben. Bartsch vertritt die mittlere Generation der Partei: In den 1950er- und 1960er-Jahren geboren, wuchsen diese Politiker: innen im Realsozialismus auf, etablierten sich beruflich aber meist erst im vereinten Deutschland. Weil sie sich durch einen professionellen und unideologischen Politikstil, große Kompromissbereitschaft und einen „reformorientierten“ und „realistischen“ Politikansatz auszeichnen, werden sie in der Öffentlichkeit auch als „Reformer“ oder – in Anlehnung an den Sprachgebrauch der Grünen – als „Realos“ bezeichnet, manchmal auch als „heimliche Sozialdemokraten“. Dass der machtbewusste Fraktionschef Dietmar Bartsch eine Beteiligung der *Linken* an der Bundesregierung anstrebt, ist kein Geheimnis. Dass er bereit wäre, dafür auch manches linke Tabu zu brechen, ebenso wenig. Das zeigte der frühere Unternehmensberater im Januar 2021, als er sich in einer gemeinsamen Aktion mit dem Chef der Liberalen, Christian Lindner, in mehreren Medien zu Wort meldete, um die Missachtung des Parlaments durch die Bundesregierung in der Corona-Krise zu kritisieren.¹⁷

Als schillerndster Vertreter des „Realo“-Flügels gilt aber Bodo Ramelow. Das hängt vor allem mit seinem Amt zusammen: Seit 2014 ist er als Ministerpräsident von Thüringen der erste Vertreter der Partei Die Linke, der es geschafft hat, zum Regierungschef eines deutschen Bundeslandes gewählt zu werden. Er gehört damit als einziges Mitglied der *Linken* zu den mächtigen Regionalfürsten, die insbesondere während der Corona-Pandemie als eigentliche Regenten in Deutschland auftraten und über Ausgangssperren, Versammlungsverbote und Hilfsmaßnahmen bestimmten. Ramelow ist aber auch aus anderen Gründen ein Sonderfall in der Partei. Anders als die meisten seiner „Realo“-Verbündeten stammt er nicht aus der DDR, sondern aus Westdeutschland; in einer von Konfessionslosen geprägten Partei ist er Protestant; und während viele

17. D. Bartsch/C. Lindner: Keine Politik ohne Debatte, in: *Spiegel Online*, 20. Januar 2021, verfügbar auf: www.spiegel.de [aufgerufen am 1. März 2021].

Ostdeutsche in den 1990er Jahren aus beruflichen Gründen nach Westen gingen, beschritt Ramelow den umgekehrten Weg und kam als Gewerkschaftsfunktionär nach Ostdeutschland.

Ähnlich wie Gregor Gysi überrascht auch Bodo Ramelow gerne Freund und Feind. Früher als Gewerkschafter und Parteifunktionär oft im roten Anorak unterwegs, tritt er heute dezidiert bürgerlich auf, gerne im Dreiteiler – so als wolle er auch äußerlich sichtbar machen, dass mit ihm an der Macht keine kommunistische Revolution auf der Tagesordnung stehen wird. Als Westdeutscher im Osten und als Linker im politisch konservativ geprägten Thüringen gibt Ramelow den integrativen „Landesvater“ und ist sichtlich darum bemüht, Vorbehalte beim politischen Gegner abzubauen. Sein Kurs hat Die Linke in Thüringen als stärkste Kraft und als „Volkspartei“ etabliert. Ramelow kann aber auch polarisieren. Im Herbst 2020 wurde seine parlamentarische Immunität aufgehoben, nachdem er einen Abgeordneten der rechtsextremen AfD während einer Rede im Landtag als „widerlichen Drecksack“ beschimpft hatte.¹⁸ Und im Januar 2021 leistete sich der Politiker einen Ausrutscher, als er in einem Online-Gespräch auf der Plattform „Clubhouse“ abfällig und indiskret über Angela Merkel („Merkelchen“) und die regelmäßigen Ministerpräsident:innen-Runden plauderte.¹⁹

Die größte Aufmerksamkeit produzierte Ramelow aber im Februar 2020: Nachdem er die Wahl zum Ministerpräsidenten im Landtag gegen den völlig unbekanntem FDP-Kandidaten Thomas Kemmerich verloren hatte, kam es zum landesweiten Aufschrei: Die Wahl des Liberalen war nur dank der Stimmen der rechtsextremen AfD-Fraktion zustande gekommen. Ein Tabubruch. In dieser Situation wusste sich Ramelow als Führungsfigur des antifaschistischen Lagers zu inszenieren und gab sich ebenso kämpferisch wie staatstragend: Nachdem Kemmerich auf Druck der Öffentlichkeit zurücktreten musste, einigte sich Ramelow mit der oppositionellen CDU auf einen politischen „Deal“. Um die Patt-Situation aufzulösen, ließen die Christdemokrat:innen, die zuvor noch für Kemmerich gestimmt hatten, die Wiederwahl Ramelows zum Ministerpräsidenten gewähren und verhalfen damit de facto einer linken Minderheitsregierung ins Amt. Vor die Wahl zwischen dem Bündnis mit der Rechten oder der Linken gestellt, entschieden sich die Konservativen für letztere Option. Auch das war ein Tabubruch. Im Gegenzug wurden vorgezogene Landtagswahlen im Jahr 2021 vereinbart.

18. „Abgeordneten-Immunität von Ramelow und Höcke aufgehoben“, in: *Zeit Online*, 4. Dezember 2020, verfügbar auf: www.zeit.de [aufgerufen am 1. März 2021].

19. A.-S. Schneider: „Ramelow hat sich persönlich bei der Kanzlerin entschuldigt“, in: *Spiegel Online*, 27.1.2021, verfügbar auf: www.spiegel.de [aufgerufen am 1. März 2021].

Ramelows „Deal“ mit der CDU war ein großer politischer Erfolg für seine Partei, weit über die Region hinaus. Die klare Abgrenzung vom linken Rand und die Warnung vor einer „Volksfront“ gehörte traditionell zu den erfolgreichsten und wichtigsten Strategien der deutschen Konservativen.²⁰ Nachdem die Thüringer CDU im Frühjahr 2020 aber selbst einem linken Ministerpräsidenten ins Amt verholfen hat, erscheint diese Taktik deutlich weniger erfolgversprechend als früher. Die „Volksfront“ hat an Schrecken verloren. Ob Die Linke bei der Bundestagswahl 2021 davon profitieren wird, muss sich aber noch zeigen.

20. T. Holzhauser: Erosion der Abgrenzung? Das Verhältnis der CDU zur Linkspartei in historischer Perspektive, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 50, 2019, 1, 2019, S. 130-148.

Sahra Wagenknecht und die „Populisten“

Während „Reformer“ und „Realos“ wie Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow lange Zeit den strategischen Kurs der Partei prägen konnten, so blieb ihr Führungsanspruch zu keiner Zeit ohne innerparteilichen Widerspruch. Maßgebliche Kritik kommt bis heute von einer Frau, die im Jahr 1992 erstmals bundesweit bekannt wurde. Mit einem sperrigen Artikel in einer wenig bekannten Zeitschrift erregte die damals 23-jährige Studentin Sahra Wagenknecht (*1969) die Gemüter ihrer Partei-Oberen. Das lag am Inhalt des Artikels: Darin lobte Wagenknecht die „beeindruckende“ Modernisierungspolitik Josef Stalins und Walter Ulbrichts und kritisierte den „Opportunismus“ ihrer Nachfolger als Todesurteil für den Sozialismus.²¹ Ihre parteiinternen Widersacher:innen warfen ihr daraufhin eine „primitive, menschenverachtende [...] Ideologie“ vor.²² Sie wichen aber davor zurück, Wagenknecht aus der Partei auszuschließen, schließlich war sie nicht irgendwer: Als Sprecherin der „Kommunistischen Plattform“ wusste sie den orthodoxen Parteiflügel hinter sich und etablierte sich schon in jungen Jahren als parteiinterne Oppositionsführerin gegen den dominanten Flügel um Gysi, Brie und Bartsch. Auch in der Öffentlichkeit war Wagenknecht schnell bekannt und wurde von den Medien als „schöne Kommunistin“ und als „neue Rosa Luxemburg“ porträtiert.

Aber auch die „neue Rosa“ hat eine wundersame Entwicklung genommen. Wie kein anderes Parteimitglied profitierte die ostdeutsche Kommunistin 2005 von der geglückten Expansion ihrer Partei nach Westen. An der Seite des langjährigen Sozialdemokraten Oskar Lafontaine, den sie später auch heiratete, sicherte sie sich neue Verbündete in Westdeutschland und löste sich zugleich von ihren kommunistischen Wurzeln. In der globalen Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 bezog sich die studierte Ökonomin nicht mehr auf Stalin, sondern auf Ludwig Erhard, den Urvater der „sozialen Marktwirtschaft“. Erhard wäre bei der

21. S. Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter, H. 4, 1992, S. 12–26.

22. A. Brie: Also, zurück zu Stalin? Eine Auseinandersetzung mit ideologischen Positionen Sahra Wagenknechts, 16. November 1992, Archiv Demokratischer Sozialismus, PDS-PV-137.

Linkspartei „am besten aufgehoben“, so Wagenknechts Koketterie.²³ Auch machtpolitisch stieg sie auf: Während sich ihr Ehemann Oskar Lafontaine mehr und mehr aus der Öffentlichkeit zurückzog, rückte Wagenknecht erstmals in ihrer Karriere in politische Führungsämter auf: 2010 wurde sie stellvertretende Parteivorsitzende, 2011 stellvertretende Fraktionschefin und 2015 schließlich als Nachfolgerin Gregor Gysis Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, an der Seite des „Realos“ Dietmar Bartsch.

Ob Wagenknecht in der Partei heute eher links oder rechts steht, ist nicht so leicht zu beantworten. Ihr Kurs steht für eine populistische Mobilisierungsstrategie, die klassische Themen der Linken wie materielle Gleichheit und soziale Sicherheit mit eher konservativen Positionen in der Gesellschaftspolitik verbindet. Eine breite Bewegung der „kleinen Leute“ soll gegen die politischen und ökonomischen „Eliten“ und ihre „Political Correctness“ in Stellung gebracht werden. Typische Zielgruppen sind erwerbslose Verkäufer:innen, von Arbeitslosigkeit bedrohte Industriearbeiter:innen und von den anderen Parteien enttäuschte Protestwähler:innen. Dass die politische Linke diese Leute „im Stich gelassen“ habe, gehört zu den wiederkehrenden Vorwürfen Sahra Wagenknechts an das eigene Lager.²⁴ Entsprechend kritisch wird eine gemeinsame Regierung mit der SPD eingeschätzt. Als Hauptkonkurrentin gilt mittlerweile aber nicht mehr die Sozialdemokratische Partei, sondern die Alternative für Deutschland (AfD). Wagenknecht will der Rechten das Wasser abgraben, um ihre Wähler:innen für Die Linke zu mobilisieren.

Es ist keineswegs so, als würden Wagenknecht und Lafontaine identitätspolitische Themen ablehnen. Schon im Bundestagswahlkampf 2005 – lange bevor es die AfD gab – sorgte sich Oskar Lafontaine um die „kulturelle Identität“ Europas²⁵, kritisierte eine „forcierte Zuwanderung“²⁶ und forderte, der Staat müsse „verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“.²⁷ Sahra Wagenknecht knüpfte an diese Positionen an und bemühte sich in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 vergeblich darum, ihre Partei auf eine migrationskritische Position

23. A. Neubacher/M. Sauga: „Wir brauchen Märkte“. Interview mit Sahra Wagenknecht, in: *Der Spiegel*, 31. Dezember 2012, S. 30–32, hier S. 32, verfügbar auf: www.spiegel.de; Sahra Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft, Frankfurt am Main: dtv 2012.

24. S. Wagenknecht: „Die linken Parteien haben ihre frühere Wählerschaft im Stich gelassen“, in: *Süddeutsche Online*, 23. Oktober 2020, verfügbar auf: www.sueddeutsche.de [aufgerufen am 1. März 2021].

25. O. Lafontaine: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft. Berlin: Econ 2005, S. 199 f.

26. Lafontaine, Politik für alle, S. 243.

27. O. Lafontaine (Chemnitz, 14. 6. 2005), zit. n. Matthias Meisner: Die NPD lobt Lafontaine. In: *Der Tagesspiegel*, 18. Juni 2005.

festzulegen: Eine unbegrenzte Einwanderung schade den deutschen Arbeitnehmer:innen, schaffe Gefühle der Unsicherheit und Parallelgesellschaften, so ihre These.²⁸ Mit solchen Äußerungen konnte Sahra Wagenknecht in der deutschen Medienöffentlichkeit stets mit hoher Aufmerksamkeit rechnen und ihren Status als medienwirksamste Repräsentantin der Partei sichern.²⁹ Dies versuchte sie im Herbst 2018 zu nutzen, um mit dem Verein „Aufstehen“ eine außerparlamentarische Protestbewegung ins Leben zu rufen. Ihr Versuch, von den Erfolgen Jeremy Corbys, Bernie Sanders' und nicht zuletzt Jean-Luc Mélenchon zu profitieren und ihren Positionen einen breiteren sozialen Resonanzraum zu verschaffen, misslang jedoch.³⁰ Die wahren Massenbewegungen gingen an Wagenknecht vorbei. So demonstrierten im Herbst 2018 zwischen 100.000 und 200.000 Menschen in Berlin unter dem Motto „Unteilbar“ gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und Rassismus. Zwar unterstützten führende Politiker: innen der *Linken* gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen die Demonstration. Sahra Wagenknecht aber gehörte nicht dazu.³¹ Auch deshalb gilt Wagenknecht vielen in der Partei als Repräsentantin einer unsolidarischen „rechten“ Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik. Wenige Monate später gab sie schließlich das Amt der Fraktionsvorsitzenden der *Linken* im Bundestag auf und zog sich aus der ersten Reihe zurück, bleibt aber eines der prominentesten und umstrittensten Mitglieder der Partei.

28. P. Beucker: Mit Stammtischparolen aufholen, in: *Die Tageszeitung*, 22. März 2016, verfügbar auf: <https://taz.de/> [aufgerufen am 1. März 2021].

29. R. Hilmer/J. Gagné: Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49, H. 2, 2018, S. 372-406, dort S. 399.

30. H. Träger: Die Linke zwischen internen Konflikten, der ersten Koalition im Westen, Niederlagen im Osten und dem Ramelow-Effekt, in: U. Jun/O. Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017*, Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 159-186, dort S. 173-175.

31. „Aufstehen bleibt lieber sitzen“, *Die Tageszeitung*, 10. Oktober 2018, verfügbar auf: <https://taz.de/> [aufgerufen am 1. März 2021].

Katja Kipping und die neue Generation

Die bundesweit bekanntesten Persönlichkeiten der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerorganisationen waren lange Zeit Männer. Frauen bekleideten zwar deutlich früher als in den meisten Konkurrenzparteien wichtige Posten, so etwa Gabriele Zimmer und Gesine Löttsch als Parteivorsitzende (2000-2003 und 2010-2012) oder Petra Pau als langjährige Bundestagsvizepräsidentin (seit 2006). Ihnen kam in der medialen Öffentlichkeit aber deutlich weniger Aufmerksamkeit zu als ihren männlichen Parteifreunden. Der politische und mediale Aufstieg Sahra Wagenknechts war daher auch kulturell ein Sprung für die Partei, zumal sie mit einer anderen Frau an der Spitze der Partei konkurrierte: der Parteivorsitzenden Katja Kipping (2012-2021). Fast ein Jahrzehnt jünger als Wagenknecht war Kipping (*1978) zwölf Jahre alt, als die DDR aufhörte zu existieren. Aufgewachsen in Dresden, einer politisch heterogenen Universitätsstadt im erkonservativen Sachsen, erlebte Kipping ihre politische Sozialisation in den sozialen Kämpfen der 1990er-Jahre, als ostdeutsche Linke vor allem gegen soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Rassismus und Rechtsextremismus kämpften.

Als Parteivorsitzende stand Kipping für eine ganz andere Idee linker Politik als Sahra Wagenknecht: Während Wagenknecht für den Erhalt des klassischen Sozialstaats kämpfte, machte sich Kipping für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ stark und beschrieb sich als „emanzipatorisch links“. Steht Wagenknecht für einen proletarisch orientierten Kurs und wendet sich an Arbeiter:innen, die sich durch Migration und Moderne bedroht fühlen, so spricht Kipping in erster Linie die radikalen studentischen und urbanen Milieus an. Sie repräsentiert damit eine „kosmopolitische“ Linke, die sich als gesellschaftspolitisch liberal versteht³², für offene Grenzen eintritt, gegen Rassismus, Sexismus und den Klimawandel auf die Straße geht und den Wagenknecht-Kurs als zu „rechts“ ablehnt.

Kipping war die erste einer jüngeren Generation linker Politiker:innen aus beiden Teilen Deutschlands, die das Gesicht der *Linken* künftig

32. K. Hagen: Rote zocken, in: *Spiegel Online*, 18. September 2020, verfügbar auf: www.spiegel.de, [aufgerufen am 1. März 2021]; „Linkspartei ohne Gysi. Dürfen die das?“, in: *Der Freitag Online*, 15. Oktober 2015, verfügbar auf: www.freitag.de [aufgerufen am 1. März 2021].

zunehmend prägen werden. Dazu gehören die Bundestagsabgeordneten Jan Korte (*1977), Caren Lay (*1972) und Matthias Höhn (*1975), die beiden neuen Co-Vorsitzenden der Partei Susanne Hennig-Wellsow (*1977) und Janine Wissler (*1981), aber auch die Nachfolgerin Wagenknechts als Fraktionsvorsitzende im Bundestag Amira Mohamed Ali (*1980). Gemeinsam haben diese Politiker:innen, dass sie im vereinten Deutschland groß geworden sind und damit mehr als die Vorgängergenerationen die Chance haben, sich von den alten Konflikten und historischen Vorbelastungen zu emanzipieren. Ob das gelingt, ist aber offen, denn auch die neue Generation ist durchaus heterogen: Die Westdeutsche Wissler, langjährige Fraktionsvorsitzende im Landtag von Hessen, entstammt einer trotzkistischen Strömung und legt ihre politischen Akzente auf antikapitalistische Systemkritik und die Verbindung zu außerparlamentarischen Bewegungen. Ihre Co-Vorsitzende Hennig-Wellsow dagegen, Fraktionsvorsitzende in Thüringen, steht für den gemäßigten „Realo“-Flügel und gilt als wichtigste Verbündete Bodo Ramelow. Die Hamburgerin Amira Mohamed Ali trat bei ihrer Wahl zur Fraktionsvorsitzenden im Jahr 2019 als Vertreterin des „Wagenknecht-Flügels“ an, wurde in den deutschen Medien zuletzt aber für einen konstruktiven Kurs gelobt, für den die streitbare Wagenknecht eher nicht bekannt war.³³ Wie sich diese neue Parteiführung programmatisch und machtpolitisch sortieren wird, ist noch offen.

33. C. Emundts: Die Besonnene, in: *tagesschau.de*, 2. Dezember 2020, verfügbar auf: www.tagesschau.de [aufgerufen am 1. März 2021].

Auf dem Weg zur Macht? Die Linke im Wahljahr 2021

Im Wahljahr 2021 steht Die Linke gleich vor mehreren Weichenstellungen. In der Ära Kipping-Wagenknecht hat sich die Partei sichtlich verändert. Von den populistischen Erfolgen der 1990er- und der 2000er-Jahre ist sie weit entfernt, hat sich aber jenseits der Fünfprozent-Hürde stabilisiert. Konnte sie bei der Bundestagswahl 2009 noch 11,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, so wird sie in Umfragen momentan bei 6-8 Prozent verortet. Nach wie vor hat die Partei ihre Hochburgen, neben dem Saarland, der Heimat von Oskar Lafontaine, vor allem in Ostdeutschland, allerdings schwindet dort ihre Position – mit Ausnahme Thüringens, dem Land Bodo Ramelow, wo sie hoffen kann, bei der anstehenden Landtagswahl im September stärkste Kraft zu werden. In anderen ostdeutschen Regionen sind die Wähleranteile dagegen rückläufig und die Partei hat ihren Status als „erste Adresse der Protestwähler“ an die rechtsextreme AfD verloren.³⁴ In Westdeutschland wiederum konnte sich die Partei Die Linke im vergangenen Jahrzehnt weiter etablieren, sodass sie heute mehr Mitglieder in Westdeutschland als in Ostdeutschland hat. Auch scheint sich die Partei mehr und mehr von ihrem Image als Partei der „Ostalgie“ und des sozialen Populismus zu lösen. Stattdessen drang Die Linke unter Kipping und Riexinger in akademisch-urbane Wählermilieus ein, die traditionell eher den Grünen nahestanden. Während sich die Grünen zunehmend zu einer ökologisch-liberalen Partei des aufgeklärten Bürgertums entwickeln und konservative Bündnisse schließen, hat Die Linke zum Teil ihren Platz übernommen: als erste Anlaufstelle für linke Gesellschaftskritik.

Dass die Partei im Wahljahr mit einem „linken Green New Deal“ wirbt,³⁵ zeigt die verschärfte Konkurrenz zwischen beiden Parteien genauso wie ein Blick in die Wähler: innenschwerpunkte: Bei der Bundestagswahl 2017 konnte Die Linke in Universitätsstädten besonders stark zulegen und erzielte in den westdeutschen Stadtstaaten Bremen (13,4 %) und Hamburg (12,2 %) erstaunlich starke Ergebnisse.³⁶ In Bremen gehört Die Linke seit

34. Jürgen P. Lang: Abschied vom Osten? Die Linke nach der Bundestagswahl 2017, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, S. 5.

35. Bernd Riexinger: System Change: Plädoyer für einen linken Green New Deal, Hamburg: VSA Verlag 2020.

36. Träger, Die Linke, S. 169.

2019 erstmals in einem westdeutschen Bundesland der Regierung an. Damit ist sie sehr viel weniger als früher von Ostdeutschland abhängig und hat sich stattdessen auf die urbanen Zentren Westdeutschlands ausgebreitet. In den westdeutschen Flächenländern wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg dagegen, wo im Frühjahr 2021 Landtagswahlen stattfinden, hat sie nach wie vor Schwierigkeiten, sich zu profilieren. Auch in der Alters- und Sozialstruktur hat sich die Partei verändert: Galt sie lange Zeit als Auslaufmodell – eine Partei der alten SED-Kader –, so hat die Partei inzwischen „proportional die meisten jungen Mitglieder“.³⁷ Knapp ein Sechstel ist jünger als 35 Jahre alt.³⁸ Zudem ist der Anteil derjenigen, die sich den unteren sozialen Schichten zugehörig fühlen, höher als bei anderen Parteien.³⁹ Gemessen daran, hat die Partei gute Aussichten, sich auch in Zukunft zu behaupten – vorausgesetzt, sie findet genug Zuspruch bei den Wähler:innen.

Die sozialstrukturellen und sozialkulturellen Veränderungen in der Partei und ihrer Wählerschaft werden in der deutschen Öffentlichkeit überraschend wenig zur Kenntnis genommen. Das zentrale Thema der Medien ist dagegen die Frage, ob Die Linke regierungsbereit ist. Dass der „Realo“-Flügel um Bartsch, Ramelow und Hennig-Wellsow in die Regierung drängt, ist kein Geheimnis. Auch Katja Kipping hat sich zum Ende ihrer Amtszeit als Parteichefin noch einmal offensiv für eine gemeinsame rot-rot-grüne Regierung ausgesprochen.⁴⁰ Und selbst die eher regierungskritischen Vertreter:innen der Partei um die neue Vorsitzende Janine Wissler sind nicht kategorisch gegen eine Regierungsbeteiligung, sofern damit ein „Politikwechsel“ einhergeht.⁴¹ Zwar pocht der linke Flügel auf „rote Haltelinien“, die den Verhandlungsspielraum erheblich einschränken. Dazu heißt es im aktuellen Parteiprogramm: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen“.⁴² Dass die eher systemkritischen Teile der Partei eine Regierungsbeteiligung noch verhindern könnten, ist nicht ausgeschlossen, allerdings haben sich in der Vergangenheit in solchen

37. M. Klein/P. Becker/L. Czezinski u. a.: Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 50, H.1 2019, S. 81-98, dort S. 87.

38. Träger, Die Linke, S. 163.

39. Klein u a., Sozialstruktur, S. 94.

40. „Diejenige mit mehr Substanz“. Interview mit Katja Kipping, in: *taz.de*, 28. Dezember 2020, verfügbar auf: <https://taz.de/> [aufgerufen am 1. März 2021].

41. „Wir wollen eine grundsätzlich andere Gesellschaft“. Interview mit Janine Wissler, in: *zeit.de*, 12. Juni 2020, verfügbar auf: www.zeit.de [aufgerufen am 1. März 2021].

42. Programm der Partei DIE LINKE, Berlin 2012 [2011], S. 75, verfügbar auf : www.die-linke.de.

Situationen meist die „Realos“ durchgesetzt: Wenn die Möglichkeit zum Regieren bestand, kam es meist auch dazu.

Die eigentliche Frage ist aber, ob Die Linke überhaupt die Chance erhält, über eine mögliche Regierungsbeteiligung zu entscheiden. Zum einen ist nicht garantiert, dass SPD, Grüne und Linke nach dem Wahlabend überhaupt eine gemeinsame Regierung bilden könnten, zumal Die Linke in Umfragen weit von ihren eigenen Ansprüchen entfernt ist. Zum anderen folgt aus einer rechnerischen noch keine politische Mehrheit. Bei den potenziellen Regierungspartnern bestehen nämlich erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Koalition mit der *Linken*. Dazu gehört, dass sich *Die Linke* bis heute für ihren Umgang mit der eigenen Vergangenheit kritisieren lassen muss. Zwar räumten hohe Parteivertreter:innen schon in den 1990er-Jahren ein, dass es in der DDR schwere Menschenrechtsverletzungen gegeben hatte. Die Partei hielt aber an der grundsätzlichen Legitimität des „Sozialismusversuchs“ fest. Grundsätzliche Kritik am SED-Staat wurde dagegen häufig als westdeutsche Einmischung in ostdeutsche Verhältnisse zurückgewiesen.⁴³ Bis heute üben politische Konkurrent:innen scharfe Kritik daran, dass sich führende Persönlichkeiten der *Linken* weigern, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen – ein Begriff, der noch heute in Ostdeutschland zwiespältige Reaktionen auslöst.

Die Haltung der Linken zur Vergangenheit hat in letzter Zeit stark an Bedeutung eingebüßt, was auch mit dem Generationenwandel zu tun hat. Dennoch beeinflusst sie die traditionell angespannten Beziehungen der Linkspartei insbesondere zur SPD. Während die Sozialdemokratische Partei auf eine starke antikommunistische Tradition zurückblickt, übt *Die Linke* immer wieder scharfe Kritik am „Opportunismus“ der SPD: Die Sozialdemokratie wolle „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein, statt ihn zu überwinden, so die Kritik.⁴⁴ Schon in den 1990er Jahren versuchte sich die damalige PDS daher als „bessere“ und authentischere, d.h. linkere und kompromisslosere Sozialdemokratie zu präsentieren, ehe der Parteiwechsel Oskar Lafontaines von der SPD zur Linken im Jahr 2005 eine mögliche Regierungszusammenarbeit auf Jahre hinweg unmöglich machte. Seither hätte die SPD mehrmals die Möglichkeit gehabt, eine Koalition mit Grünen und *Linken* auf Bundesebene auszutesten, hat sich aber immer für Große Koalition entschieden. Dass sich auch die Grünen immer weiter in die politische Mitte bewegen und eine Koalition mit CDU

43. C. Lannert: „Vorwärts und nicht vergessen“? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen: Wallstein 2012.

44. „Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS“, in: Neues Deutschland, 9. Januar 1990; dazu auch T. Holzhauser: „Niemals mit der PDS“? Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzung und Integrationsstrategie (1990-1998). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 2014, 2, S. 285-308.

und CSU erwägen, kommt noch hinzu. Weder Grüne noch die SPD unter ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz sehen in der Partei Die Linke einen zwangsläufigen Koalitionspartner.

Als weiterer Grund für die begrenzten Regierungschancen der *Linken* gilt ihre außenpolitische Orientierung: Als Nachfolgerin der SED stehen große Teile der Partei bis heute vorbehaltlos hinter Russland, was in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder zu Unverständnis führt. Erst im letzten Jahr fielen führende Parteivertreter:innen damit auf, dass sie öffentlich Zweifel an der Verantwortung Moskaus für den Giftanschlag an Alexei Nawalny säten.⁴⁵ Zur Orientierung nach Osten kommen Vorbehalte gegenüber „dem Westen“ und seinen Institutionen: Während sich Sozialdemokrat:innen und Grüne zum transatlantischen Bündnis bekennen, strebt Die Linke eine Auflösung der NATO an und spricht sich kategorisch gegen jede Art von Auslandseinsätzen der Bundeswehr aus. Zwar gab es in ihrer Geschichte den ein oder anderen Versuch, sich außenpolitisch pragmatischer zu zeigen. Bisher wurde daraus aber kein neuer Kurs abgeleitet.⁴⁶ Im Gegenteil: Nachdem der Bundestagsabgeordnete Matthias Höhn im Januar ein Grundsatzpapier vorlegte, in dem er eine neue linke Sicherheitspolitik „jenseits ausgedienter Freund-Feind-Bilder“ skizzierte, wurde er auf dem Parteitag Ende Februar dafür abgestraft und nicht zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. In seinem Papier hatte Höhn Zweifel an zahlreichen Dogmen der Partei angemeldet: von der Haltung zu Russland über die kompromisslose Ablehnung jeder Aufrüstung bis hin zur Tatsache, dass die Linke die Beteiligung Deutschlands an UN-Friedensmissionen ablehnt.⁴⁷

Offen ist zudem, wie sich die Erfahrungen des Corona-Jahres auf die Wahlen im Herbst auswirken. Wie allen Oppositionsparteien ist es auch der Partei Die Linke während des politischen Krisenjahres 2020 schwergefallen, sich gegen die Macht der Exekutive in Bund und Ländern zu profilieren. Das liegt auch daran, dass sich die Parteiführung nicht der populistischen und verschwörungstheoretischen Fundamentalkritik der „Querdenker“-Bewegung angeschlossen hat und stattdessen scharfe Kritik daran übt. Die Linke hat die Maßnahmen von Bund und Ländern zur Bekämpfung des Virus lange Zeit unterstützt, sich aber für einen „solidarischen Lockdown“ mit einer stärkeren sozialpolitischen Abfederung ausgesprochen. Sie forderte eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf

45. C. von Salzen: Schlagabtausch bei den Linken über die Haltung zu Russland, in: *tagesspiegel.de*, 4. September 2020, verfügbar auf: www.tagesspiegel.de [aufgerufen am 1. März 2021].

46. Vgl. T. Holzhauser: Die Linke, la Bundeswehr et l'évolution de la politique de sécurité allemande, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 235, Jan.-März 2021, S. 215-224

47. Vgl. M. Höhn: Linke Sicherheitspolitik. Ein Diskussionsangebot, 19. Januar 2021, verfügbar auf: www.matthias-hoehn.de [aufgerufen am 1. März 2021].

90 Prozent des vorherigen Lohns, eine Anhebung der Sozialleistungen und besondere Hilfen für Freischaffende und Selbständige. Der Staat sollte damit für die schwersten Folgen der Pandemie einspringen.⁴⁸ Die Linke zielt damit auf Wählergruppen ab, die von den sozialen Folgen der Pandemie besonders stark betroffen sind. Das sind im aktuellen politischen Klima in Deutschland keine Extrempositionen – setzt die Große Koalition doch ebenfalls auf umfangreiche staatliche Hilfen. Es könnte aber dann zu Konfliktpotenzial führen, wenn es darum geht, die Ausgaben zu finanzieren. Zudem sorgt Sahra Wagenknecht noch immer regelmäßig für Unruhe in der Partei, was vor allem an ihrem politischen Stil und ihren plakativen Aussagen liegt: So forderte sie zuletzt – in einem ähnlichen Ton wie die AfD – „Merkels Endlos-Lockdown“⁴⁹ zu beenden und Klimaschutz nicht als „Elitenthema“ zu betreiben.⁵⁰ Die Spannungen eskalierten im April 2021: Obwohl Wagenknecht großen Teilen ihrer Partei vorwarf, Politik für „immer skurrilere Minderheiten“ statt für die Mehrheit der Bevölkerung zu betreiben, ließ sie sich als Kandidatin der Linken für die Bundestagswahl nominieren.⁵¹

Hinter dem erheblichen Widerstand, den Wagenknecht in der Partei auslöst, verbirgt sich eine noch immer ungelöste Frage: ob sich die Partei stärker als linksnationalistische Protestpartei der sozial Deklassierten oder als kosmopolitische Linke der radikal-akademischen Milieus positioniert. Dieses Problem ist auch nach der Ära Wagenknecht-Kipping nicht gelöst. Der Versuch Sahra Wagenknechts, um sozial konservativere Protestwähler:innen zu werben, fand in der Partei keine Mehrheit. Ganz ohne populistischen Appeal wird es aber auch nicht gehen. Will sie als antikapitalistische und antifaschistische Kraft glaubwürdig bleiben, wird Die Linke versuchen müssen, das Eintreten für die materiellen Interessen der sozial Schwachen mit kulturell linken Themen wie dem Kampf gegen Rassismus und für gesellschaftliche Inklusion zu verbinden. Dass sich eine außerparlamentarische Dynamik nur so nutzen lässt, hat die Ära Wagenknecht gezeigt. Die neue Generation scheint in dieser Frage sehr viel geschlossener aufzutreten als vorangegangene Kohorten. Es muss sich aber noch zeigen, ob und wie es gelingt, die Partei als ökonomisch und kulturell

48. „Die Regierung hat den Sommer verpennt“. Interview mit Katja Kipping, in: *rnd.de*, 22. Dezember 2020, verfügbar auf: www.rnd.de [aufgerufen am 1. März 2021].

49. S. Wagenknecht: Merkels Endlos-Lockdown wirkt nicht! Es gibt bessere Alternativen, in: *Focus Online*, 10. Januar 2021, verfügbar auf: www.focus.de [aufgerufen am 1. März 2021].

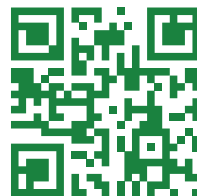
50. „Klimaschutz darf kein Elitenthema bleiben“. Interview mit Sahra Wagenknecht, in: *watson.de*, 19. Januar 2021, verfügbar auf: www.watson.de [aufgerufen am 1. März 2021].

51. S. Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2021; „Die selbstgerechten Lifestyle-Linken“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. April 2021, verfügbar auf: www.faz.net [aufgerufen am 14. April 2021]; U. Jelpke: „Die Selbstgerechte“, in: *Junge Welt*, 10. April 2021, verfügbar auf: www.jungewelt.de [aufgerufen am 14. April 2021].

linke Formation zu positionieren und so die unterschiedlichen Interessenlagen von Akademiker:innen und Nicht-Akademiker:innen, Arbeiter:innen und Erwerbslosen sowie Migrant:innen und Nicht-Migrant:innen unter dem Etikett „linker“ Politik zu vereinen.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- ▀ P. Maurice, « [Un pacifisme à géométrie variable. Les partis allemands et la participation de la Bundeswehr à des opérations extérieures](#) », *Notes du Cerfa*, Nr. 160, April 2021.
- ▀ F. Chr. Matthes, [Auswirkungen des Kohleausstieg für die Stromerzeugung in Deutschland: Best Practice Modell für Europa?](#), *Études de l'Ifri*, April 2021.
- ▀ M. Krpata, [L'automobile, talon d'Achille de l'industrie allemande ?](#), *Études de l'Ifri*, März 2021.
- ▀ U. Eith, [Baden-Württemberg unter grüner Führung – Bilanz zweier Regierungsperioden unter Winfried Kretschmann](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 159, März 2021.
- ▀ A. Lensing, [Bündnis 90/Die Grünen, neue Volkspartei oder „Bündnispartei“?](#), *Notes du Cerfa*, Nr.158, Januar 2021.
- ▀ C. Major, C. Mölling, [Strategische Autonomie“ Europas: Toxische Wortklauberei](#), *Editoriaux de l'Ifri*, 14. Dezember 2020.
- ▀ F. Decker, [Aufbruch in unsichere Zeiten. Die CDU am Ende der Ära Merkel](#), *Notes du Cerfa*, Nr.157, Dezember 2020.



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org